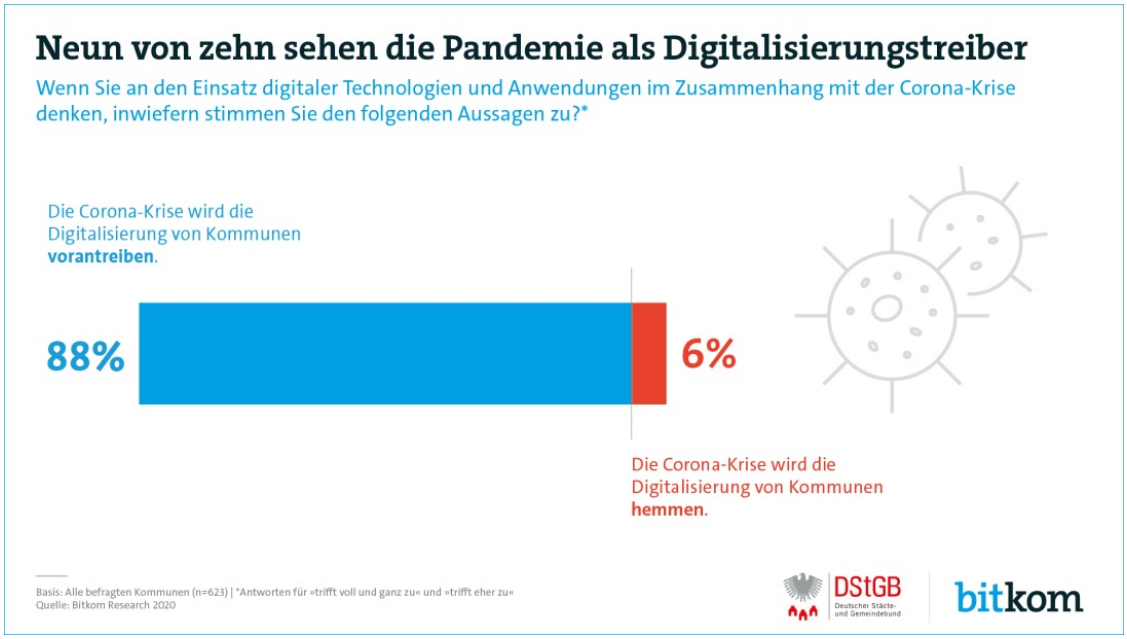
Bitkom e.V. |

Corona hat in Kommunen einen Digitalisierungsschub ausgelöst

- **Städte und Gemeinden erkennen Nachholbedarf, investieren in digitale Infrastruktur und Lösungen und planen mit steigenden Digital-Budgets für 2021**
- **Repräsentative Umfrage von Bitkom und Deutscher Städte- und Gemeindebund zur Digitalisierung der Kommunen in der Corona-Krise**



Berlin, 2. Dezember 2020 - Die Corona-Pandemie hat die Digitalisierung in den Städten und Gemeinden kräftig angeschoben. Die Mehrheit sieht in der Pandemie einen Digitalisierungstreiber, hat in Reaktion auf die Krise bereits neue Digitalisierungsprojekte verwirklicht und will das Digital-Budget für 2021 teilweise kräftig erhöhen. Das sind die zentralen Ergebnisse einer repräsentativen Befragung von Bürgermeistern und Digitalisierungsverantwortlichen in mehr als 600 Kommunen, die der Digitalverband Bitkom und der Deutsche Städte- und Gemeindebund in Auftrag gegeben haben. Demnach erwarten neun von zehn Kommunen (88 Prozent), dass die Corona-Krise die Digitalisierung in Städten und Gemeinden vorantreiben wird. Dass digitale Technologien und Anwendungen in Zeiten der Pandemie stark zur Aufrechterhaltung des Amtsbetriebs beitragen, sagen drei Viertel (77 Prozent). Für die Digitalisierung will die Mehrheit künftig mehr Geld bereitstellen. Gut die Hälfte (54 Prozent) plant, das Digital-Budget für 2021 zu erhöhen. Ein Drittel (34 Prozent) rechnet mit einem konstant bleibenden Budget, lediglich 1 Prozent will das Budget kürzen.

Dr. Gerd Landsberg, Hauptgeschäftsführer des Deutschen Städte- und Gemeindebundes: „Während der Corona-Pandemie waren und sind die Städte und Gemeinden extrem stark gefordert. Besonders die Gesundheitsämter und die Ordnungsbehörden stehen unter Druck. Aber die Kommunen haben bewiesen, dass sie handlungsfähig sind. Die kommunale Selbstverwaltung hat sich bewährt. Während der ersten Phase der Pandemie haben digitale Technologien maßgeblich dazu beigetragen, dass die Kommunen ihren Betrieb aufrechterhalten konnten. Der Nutzen und die Vorteile von Digitalisierung sind in der Krise deutlich geworden. Nun muss es nach der Krise gelingen, die Digitalisierung in Deutschland weiter nach vorne zu bringen. Dafür brauchen wir auch die Unterstützung aus Bund und Ländern, um in die digitale Zukunft investieren zu können.“

Dr. Bernhard Rohleder, Hauptgeschäftsführer des Bitkom: „Die Corona-Krise hat gezeigt, was plötzlich alles geht, wenn es nur muss. Was zuvor kaum möglich schien, wurde von heute auf morgen Wirklichkeit. Viele Städte und Gemeinden legten den Schalter auf Digitales Rathaus um. Das lief nicht immer reibungslos, aber die Erkenntnis war überall gleich: Die Digitalisierung ist weder

Spielerei noch Luxus, sondern ein Pflichtprogramm für den gesamten öffentlichen Sektor. Während das öffentliche Leben in vielen Bereichen brachliegt, können Kommunen handlungsfähig bleiben – und das mit mehr Effizienz, Erfolg und zur größeren Zufriedenheit aller. Corona hat insofern auch die Versäumnisse der vergangenen Jahre offengelegt. Genau jetzt ist der Moment, den Schwung mitzunehmen, weiter Tempo zu machen und alle Städte und Gemeinden in die digitale Welt zu bringen."

Investitionen in digitale Technologien, Prozesse und Services im Zuge der Krise

Die Digitalisierung wird in den Städten und Gemeinden fast ausschließlich als Chance (96 Prozent) statt als Risiko (1 Prozent) gesehen. Zugleich zählt die Bewältigung der digitalen Transformation für jede dritte Kommune (31 Prozent) zu den aktuell größten Herausforderungen neben der Corona-Pandemie. Noch häufiger genannt werden allein die Finanzsituation (68 Prozent) und soziale Themen wie Wohnen (39 Prozent) und Kinderbetreuung (34 Prozent). Auf einer Ebene mit der Digitalisierung liegt die Demografie (32 Prozent).

Sechs von zehn Kommunen (61 Prozent) sehen sich bei der Digitalisierung eher als Nachzügler, während sich drei von zehn eine Vorreiterrolle zuschreiben (29 Prozent). 7 Prozent geben an, den Anschluss an die Digitalisierung verpasst zu haben. Im Zuge der Corona-Pandemie hat mehr als die Hälfte (53 Prozent) in Technologie wie Hardware oder Software investiert, setzt dies gerade um oder plant dies zumindest. Auf der Agenda stehen in vielen Kommunen auch die Digitalisierung von Prozessen (44 Prozent), wie etwa elektronische Aktenführung und digitale Ratsarbeit, sowie die Digitalisierung von Diensten für Bürger und Unternehmen (35 Prozent), wie zum Beispiel Online-Anträge.

In jeder fünften Kommune ist eine Digitalstrategie überhaupt kein Thema

Eine zentrale Digitalstrategie verfolgen derzeit allerdings lediglich 8 Prozent der Kommunen, 13 Prozent zumindest in einzelnen Sektoren. Die Mehrheit (56 Prozent) hat keine Digitalstrategie, entwickelt eine solche aber aktuell zentral (33 Prozent) oder sektoral (23 Prozent). Jede fünfte Kommune (20 Prozent) hat keine Digitalstrategie und erkennt darin auch kein Thema – das betrifft vor allem Kommunen mit weniger als 5.000 Einwohnern (24 Prozent). Hemmnisse bei der digitalen Transformation sehen die Kommunen vor allem in fehlenden Finanzmitteln (75 Prozent) und fehlendem Know-how (58 Prozent). In der Verwaltung mangelt es häufig an digitalen Kompetenzen. Knapp die Hälfte der Kommunen (47 Prozent) gibt an, dass nur wenige Mitarbeiter über gute Kenntnisse im Umgang mit digitalen Werkzeugen wie Videokonferenzen und Dokumentenmanagementsystem verfügen. 4 Prozent sagen sogar, dass das auf nahezu keinen Mitarbeiter zutrifft. In 20 Prozent der Kommunen hat etwa die Hälfte gute Kenntnisse, in weiteren 21 Prozent trifft das auf die meisten zu und in 6 Prozent verfügen nahezu alle Mitarbeiter über hohe Digitalkompetenz. Um die Digitalisierung voranzubringen, erhoffen sich die Kommunen von der Politik vor allem Unterstützung bei der finanziellen Ausstattung (85 Prozent) und durch einheitliche Vorgaben und Standards (76 Prozent). Vier von zehn (43 Prozent) wünschen eine fachliche Beratung. Eher weniger gefragt sind gute Praxisbeispiele (30 Prozent) und die Vernetzung von Akteuren (22 Prozent).

Nur jede sechste Kommune führt elektronische Akten

Nachholbedarf gibt es in allen Bereichen – ob bei der Digitalisierung von Infrastruktur, Prozessen, Transparenz oder Dienstleistungen. Verwaltung (75 Prozent), IT-Infrastruktur und Datensicherheit (71 Prozent) und Datenplattformen beziehungsweise Datenmanagement (48 Prozent) werden am häufigsten genannt, wenn es um notwendige Digital-Investitionen geht. Bislang kaum digitalisiert sind vor allem Verwaltungsprozesse wie E-Rechnung (20 Prozent), E-Akte (16 Prozent) und E-Payment (16 Prozent). Ein Einsatz dieser Technologien wird bei der Mehrheit der Kommunen geplant oder zumindest diskutiert (E-Rechnung: 64 Prozent; E-Akte: 61 Prozent; E-Payment: 51 Prozent). Auch die Digitalisierung von Verwaltungsdienstleistungen ist bislang kaum vorangeschritten, etwa die Möglichkeit von Online-Anträgen (19 Prozent), die Einrichtung eines Online-Verwaltungsportals (16 Prozent) oder einer Bürger-App (12 Prozent). Solche digitalen Services werden allerdings mehrheitlich geplant oder diskutiert (Online-Anträge: 62 Prozent; Online-Verwaltungsportal: 59 Prozent; Bürger-App: 56 Prozent).

Homeoffice ist bei der Hälfte kategorisch ausgeschlossen

Beim Thema Homeoffice sind die Kommunen hingegen gespalten. Während die eine Hälfte (50 Prozent) für zumindest einen Teil der kommunal Beschäftigten, deren Tätigkeit dafür geeignet ist, Homeoffice anbietet, schließt das die andere Hälfte (50 Prozent) kategorisch aus. Daran wird sich nach Angaben der Kommunen auch in Zukunft wenig ändern. Zwar möchten vier von zehn (41 Prozent) in der Zeit nach der Pandemie mehr Homeoffice anbieten beziehungsweise die Regelung flexibler gestalten. Dem stehen aber 37 Prozent gegenüber, die grundsätzlich kein Homeoffice anbieten wollen. Jede zehnte Kommune (10 Prozent) will an der bisherigen Regelung festhalten. Gegen Homeoffice spricht aus Sicht der Städte und Gemeinden vor allem die fehlende technische Ausstattung (40 Prozent). Bei den am häufigsten genannten Gründen folgen dahinter nahezu gleichauf fehlende Finanzmittel für notwendige Investitionen (24 Prozent), die Befürchtung schlechterer Arbeitsabläufe und -ergebnisse (21 Prozent), Bedenken bei Datenschutz und Datensicherheit (21 Prozent) sowie Mangel an technischem Know-how (20 Prozent).

Hinweis zur Methodik: Grundlage der Angaben ist eine Online-Umfrage, die Bitkom Research im Auftrag von Bitkom und Deutscher Städte- und Gemeindebund von Ende August bis Anfang November 2020 durchgeführt hat. Dabei wurden Bürgermeister und Digitalisierungsverantwortliche von 623 Städten und Gemeinden befragt. Die Umfrage ist repräsentativ für die Kommunen in Deutschland.

Kontakt

Andreas Streim
Pressesprecher
Telefon: +49 30 27576-112
E-Mail: a.streim@bitkom.org
Download Pressefoto

Sven Wagner
Bereichsleiter Smart City
Download Pressefoto
Nachricht senden

Direktlink: ***https://www.bitkom.org/Presse/Presseinformation/Corona-hat-in-Kommunen-einen-Digitalisierungsschub-ausgeloest***